

Leitbild

des Landesnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen¹

Präambel

Das „Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“ versteht sich als ein Forum von Akteurinnen und Akteuren mit dem gemeinsamen Ziel, ein menschenrechtsorientiertes und demokratisches Zusammenleben zu fördern. Die übergeordnete Aufgabe besteht darin, in einem dialogischen Prozess von Staat und Zivilgesellschaft gemeinsame Maßnahmen für die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus, einschließlich sämtlicher Diskriminierungsformen wie Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und Antiziganismus, zu entwickeln und umzusetzen, um so die Zivilgesellschaft zu stärken. Hierzu gehört auch, ein stärkeres Bewusstsein zur Erkennung und Bekämpfung von Rassismus und rechts-extremistisch motivierter Stimmungsmache zu fördern.

Das Landesnetzwerk tritt ein für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen, das von gegenseitiger Anerkennung und Offenheit geprägt ist. Es fördert nachhaltig die Stärkung demokratischer Kultur und unterstützt das friedliche Zusammenleben in einer lebendigen Zivilgesellschaft.

Jegliche Formen von Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Diskriminierung und Gewalt lehnen alle Beteiligten ab.

Die Mitglieder

Das „Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“ ist ein Austauschgremium für die kritische Reflexion der jeweiligen Arbeit gegen Rechtsextremismus. Die Partnerinnen und Partner zeichnen sich sowohl durch staatliche Anbindung als auch durch bereits etablierte Strukturen einer gewachsenen Trägerlandschaft aus. Damit können unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen und Zusammenhänge erreicht werden.

Das Netzwerk ist ein Forum von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, das dynamisch und kontinuierlich Arbeit gegen Rechtsextremismus leistet und weiterentwickelt. Gleichzeitig versteht es sich als interdisziplinäres Informationsnetzwerk, in

¹Im Kontext der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen.

dem alle Akteurinnen und Akteure ihre Expertise und Information zu den Bereichen Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus sowie für gesellschaftliche Integration bereitstellen.

Diese unterschiedlichen Kompetenzen bringen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die gemeinsame Arbeit des Netzwerks ein und bündeln diese zu themenspezifischen Fragestellungen.

Der Umgang innerhalb des Netzwerkes ist respektvoll, transparent und als Dialog auf Augenhöhe angelegt. Den Mitgliedern ist es wichtig, das Wissen und die Erfahrung aller Netzwerk Beteiligten in der Arbeit zu nutzen.

Die Zielgruppe

Die Arbeit der Netzwerkpartner/innen richtet sich sowohl an von Rechtsextremismus unmittelbar betroffene oder bedrohte Menschen als auch an sämtliche Akteurinnen und Akteure, die im sozialen und beruflichen Umfeld gegen Rechtsextremismus und für ein demokratisches Miteinander eintreten. Diese Personen können aus Schule, Verwaltung, der Jugend- und Bildungsarbeit, aus Kirchen oder Religionsgemeinschaften kommen. Sie können in Parteien, Bündnissen, Vereinen, Initiativen, Verbänden, Selbstorganisationen und anderen Netzwerken organisiert sein. Das Beratungsangebot einzelner Partner/innen richtet sich gleichermaßen an Einzelpersonen ohne Anbindung an eine Organisation. Dabei ist es unerheblich, ob diese Menschen konkretem rechtsextremistischen Gefährdungspotenzial ausgesetzt sind oder präventiv dagegen eintreten.

Das gemeinsame Ziel

Ziel ist die kritische Reflexion der gemeinsamen Arbeit gegen Rechtsextremismus, auch im Sinne wechselseitiger Lernprozesse. Des Weiteren wollen die Beteiligten die Wahrnehmbarkeit ihrer Aktivitäten gegen Rechtsextremismus erhöhen, öffentliche Diskurse mitgestalten und in die Politik hineinwirken. Damit ist auch das Ziel verbunden, den Chancen und Anforderungen der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden und allen Zugewanderten bzw. Menschen mit Migrationshintergrund ein gleichberechtigtes Leben in Deutschland zu ermöglichen. Die Mitglieder wollen den landesweiten Bedarf an Information und Beratung wahrnehmen und Vereinbarungen zur Evaluation miteinander treffen.

So überprüfen sie ständig ihr Informations- und Beratungsangebot und wollen beides dem landesweiten Bedarf anpassen, um auch auf neue Herausforderungen reagieren zu können. Die Netzwerkmitglieder vereinbaren, gemeinsam abgestimmte Qualitätsstandards einzuhalten und sich als lernendes Netzwerk zu verstehen.

Das Ziel ist es, mit dem „Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen“ eine verbindliche Zusammenarbeit staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen zu erreichen. Die Beteiligten wollen eine langfristige und nachhaltige Arbeit sicherstellen und setzen sich für eine Absicherung des Netzwerks ein.